




Matschie: Medikamententests an DDR-Kliniken rückhaltlos aufklären

Matschie: Medikamententests an DDR-Kliniken rückhaltlos aufklären
Forschungsverbund unter dem Dach der Deutschen Forschungsgemeinschaft angeregt
Zu Medienberichten vom heutigen Tag, nach denen westliche Pharmakonzerne in DDR-Kliniken unerprobte Arzneien zu Testzwecken einsetzten, erklärt der Vorsitzende des Wissenschaftsforums der SPD, Christoph Matschie: Die Medikamententests an DDR-Kliniken im Auftrag westlicher Pharmakonzerne müssen rückhaltlos aufgeklärt werden. Dabei ist die Frage zu beantworten, ob hier alle ethischen, wissenschaftlichen und rechtlichen Standards zur Durchführung von medizinischer Forschung eingehalten wurden. Wenn Medienberichte zutreffen, dass an bis zu 50 Kliniken, darunter Universitätskliniken wie die Berliner Charité, zu DDR-Zeiten Tests an Patienten ohne deren Wissen vorgenommen wurden, wäre das ein ungeheurerlicher Vorgang, der sich weder mit dem wissenschaftlichen und ärztlichen Ethos noch mit den für solche Studien geltenden strengen Standards vereinbaren lässt. Das muss umfassend aufgearbeitet werden. Dabei steht auch die Frage im Raum, welche etwaigen Folgen die Tests für betroffene Patienten hatten. Sollte es Sterbefälle gegeben haben, muss geklärt werden, ob diese im Zusammenhang mit den pharmazeutischen Tests standen. Um diese und zahlreiche andere offene Fragen zu beantworten, sollte unter dem Dach der Deutschen Forschungsgemeinschaft ein Forschungsverbund gegründet werden. Dieser eröffnet die Möglichkeit, bei der Aufarbeitung nach wissenschaftlichen Standards und länderübergreifend tätig zu werden. Seine Aufgabe wäre es, einerseits die Unterlagen in den Kliniken der neuen Länder zu sichten. Andererseits müssen auch die Archive der Pharmafirmen geöffnet werden. Und es ist nach der Verantwortung des damals für die Zulassung von Arzneimitteln zuständigen Bundesgesundheitsamtes zu fragen. Es ist besonders auch an den betroffenen Pharmafirmen, sich aktiv an der Aufklärung zu beteiligen. Die im Raum stehenden Vorwürfe haben eine Tragweite, die eine umfassende Aufarbeitung erfordert. Nur so können wir in der Zukunft die strikte Einhaltung wissenschaftlicher und medizinischer Standards garantieren.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Partei Vorstand
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin
Telefon (030) 25991-300, FAX (030) 25991-507
Herausgeberin: Andrea Nahles
Redaktion: Tobias Dünow
e-mail: pressestelle@spd.de
http://www.spd.de


Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

pressestelle@spd.de

Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

pressestelle@spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)
Zukunftsgerecht in Europa
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....